

„Rubbert-Weg und den neuen Bewohnern ist ein 3000 Quadratmeter großer Spielplatz direkt am Wanderweg zum See angedacht, ein Jugendhaus und Bolzplatz am nördlichen Ende des Haferblöcken.“

Nur grob strukturiert dagegen wurden die 22 Hektar großen abgelegenen Ackerflächen am Haßloredder an der östlichen Seeseite – ohne Berechnung von Wohnungszahlen. Auch hier soll der vorhandene Baumbestand erhalten bleiben und zur Lärm-Abschirmung vom Autobahnkreuz A1 und A 24 ein breiter Grünzug angelegt werden. Offen blieb auch die Frage, ob in der „Gartenstadt Öjendorf“, die parallel zu den beiden neuen Wohnsiedlungen in einem normalen Bebauungsplanverfahren entwickelt wird, wie im Antrag der SPD-Fraktion gefordert, ebenfalls Flüchtlingswohnungen gebaut werden sollen.

### Mit Augenmaß

Eineinhalb Stunden warben Bezirksamtsleiter Andy Grote, Mathias Kock, Staatsrat der Stadtentwicklungs- und Baubehörde dafür, das Projekt der „Willkommensstadt“ für Flüchtlinge auch als Chance für Billstedt zu begreifen: „Wir werden die Belegung der Wohnungen mit Augenmaß betreiben“, versprach Kock. Nach 15 Jahren würden diese in den freien Wohnungsmarkt überführt. Mit den ersten bezugsreifen Wohnungen werde die Unterkunft Mattkamp mit 400 Flüchtlingen geschlossen. Er verwies auf die Verbesserung der gesamten Infrastruktur: Vom Straßennetz über

Arztversorgung, Nahver-

erleichtern, Ausbildungsstätten in Kooperation mit Handwerks- und Handelskammer vor Ort die Integration in den Arbeitsmarkt. Baudezernent Bodo Hafke erläuterte die Planungsschritte des Schnellverfahrens: In zwei Teams sollen ab Januar Bezirksamt, Politik, Anwohner-Vertreter und Bauträger die Durchmischung, Raumplanung, Gebäudetypen und Ver-

lingswohnungen. Die Gesamtentwicklung der Siedlung erfolgt dann in einem regulären Bebauungsplanverfahren. „Wenn Sie mit uns sprechen, müssen Sie nicht klagen. Planen Sie lieber mit“, appellierte Staatsrat Kock an die Billstedter – und erntete Protest. Aufgebrachte Stimmung herrschte im Saal, die Billstedter fühlten sich überrannt und machten aus ihrem Un-

werden nicht die verteilt gelegenen Optionsflächen aus dem Wohnungsbauprogramm genommen, sondern ausgerechnet das Landschaftsschutzgebiet am See?“ Vieles liege in Billstedt im Argen: Einkaufsmöglichkeiten seien beschränkt, der Ausbau von Kitaplätzen und die Arztversorgung anders als angekündigt zurückgeblieben. Und werde ihnen auch noch das Naherholungsgebiet am See genommen. Viele Billstedter sind skeptisch, überhaupt mitreden zu können. Das sei doch alles schon beschlossene Sache winkten viele ab.

## Initiativen vernetzen sich

In Billstedt ist die Anwohner-Initiative MITTEndrin inzwischen laut Aussage des Organisationsteams um Christian Münster und Stefan Metz auf mehr als 200 Engagierte angewachsen. Sie wollen sich mit den anderen Initiativen in Hamburg, die sich gegen Flüchtlingsunterkünfte vor ihrer Tür wenden, zusammenschließen. Rechtsanwalt Ulf Hellmann der Kanzlei Klemm und Partner, die die

Kläger gegen den Flüchtlingsstandort an der Sophienterrasse vertrat und nun per Gericht einen Baustopp für das geplante Flüchtlingsheim in Klein Borstel erzwirkte, ist optimistisch, dass auch in Billstedt die Pläne gestoppt werden können. In Klein Borstel gingen am Wochenende aber erstmals auch 700 Menschen für eine Flüchtlingsunterkunft auf die Straße.

**Stefan Metz und Christian Münster von der Initiative Natürlich MITTEndrin: „Warum nimmt der Senat nicht Optionsflächen aus dem Wohnungsprogramm anstatt im Landschaftsschutzgebiet zu bauen?“**  
Fotos: luc



### Beschlossen

Nur einen Tag später hat eine große Mehrheit der Fraktion SPD, Bündnis90/Die Grünen, Die LINKE und Piratenpartei gegen die Stimmen von CDU und AfD das Programm beschlossen. Abgelehnt wurde ein Gegenantrag der CDU, von „Großunterbringungen“ an Haferblöcken und Haßloredder abzusehen zugunsten von verstreuten Standorten mit max. 75 Wohnungen für max. 250 Menschen sowie den Betreuungsschlüssel zu erhöhen: ein Betreuer für 30 Flüchtlinge (bisher für 80 Flüchtlinge). AfD-Fraktionschef Kay Gottschalk, der von katastrophalen Zuständen sprach und bezüglich der Flüchtlingsbetreuung der CDU beipflichtete, erntete ebenfalls harsche Kritik. Auf Nachfrage der SPD musste Gottschalk zugeben, dass er bislang weder eine Flüchtlingsunterkunft von innen gesehen noch jemals einen der Betreuer von „fördern & wohnen“ gesprochen hat. (luc)